

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Frau Merx,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Eschweiler Bürger,**

wir beraten heute den Haushalt 2026 unserer schönen Stadt Eschweiler.

Und man muss es leider so deutlich sagen:

Dieser Haushalt ist kein Plan zur Rettung unserer Stadtfinanzen. Er ist eine schriftliche Kapitulation vor jahrelanger Fehlsteuerung, aufgehübscht mit bunten Vorlagen, schönen Begriffen und der Hoffnung, dass es schon irgendwie nicht ganz so schlimm kommen wird.

Aber Hoffnung ist kein Haushaltsinstrument.  
Hoffnung ist keine Deckungsquelle.  
Und Hoffnung bezahlt auch keine Rechnungen.

Der vorliegende Haushalt zeigt eine Stadt, die finanziell mit dem Rücken zur Wand steht.

Es geht nicht um kleine Korrekturen.  
Es geht nicht um ein bisschen Nachjustieren.  
Es geht darum, ob Eschweiler in den nächsten Jahren noch handlungsfähig bleibt oder ob wir sehenden Auges in die Haushaltssicherung laufen.

Und was macht die Politik in dieser Lage?  
Sie spricht von Konsolidierung und legt gleichzeitig neue Ausgaben auf den Tisch.  
Sie spricht von Prioritäten und verteilt weiter Wunschzettel.  
Sie spricht von Verantwortung und schießt gleichzeitig auf Steuer- und Gebührenerhöhungen.

Das ist kein Haushalt.

Das ist kommunale Selbstberuhigung auf Kosten der Bürger und Steuerzahler.

Die SPD sagt selbst: Die Lage sei mehr als ernst. Sie spricht von einem Defizit von rund 23,5 Millionen Euro im Jahr 2026 und von weiteren Millionenlöchern in den Folgejahren.

Nur mal so – genau diese 23,5 Millionen, die sie selber in den letzten 40 Jahren zu verantworten hat.

Gleichzeitig heißt es, alle freiwilligen und politisch beeinflussbaren Ausgaben zusammen lägen nur bei rund 9,2 Millionen Euro. Das ist bemerkenswert.

Denn wenn selbst die SPD öffentlich erklärt, dass der politische Handlungsspielraum begrenzt ist, dann sollte man erwarten, dass sie im Rat konsequent handelt.

Stattdessen bekommen wir Anträge für neue Ansätze, neue Projekte, neue Prüfaufträge, neue Förderungen und neue symbolische Maßnahmen.

Das ist wie jemand, der bei vollem Keller den Wasserhahn aufdreht und danach eine Kommission zur Feuchtigkeitsbekämpfung gründet.

Auch die CDU beschreibt die Lage dramatisch. Sie spricht von einer strukturellen Schieflage, vom drohenden Verlust finanzieller Handlungsfähigkeit, von einer Ausgleichsrücklage, die 2027 aufgezehrt ist, und von Eigenkapital, das bis 2029 nahezu weg sein soll.

Das ist eine harte Diagnose.  
Nur muss man dann auch bereit sein, entsprechend hart zu handeln.

Denn ein 10-Punkte-Plan allein saniert keinen Haushalt.  
Eine Pressemitteilung füllt keine Ausgleichsrücklage.  
Und ein schöner Begriff wie „Effizienzoffensive“ ersetzt keine konkrete Streichung.

Ja, es gibt richtige Ansätze: Stellenstopp, Priorisierung von Investitionen, Verschiebung der Rathausanierung, Überprüfung freiwilliger Leistungen.

Aber wenn wir ehrlich sind, reicht das nicht. Es reicht nicht, jedes Jahr aufs Neue zu sagen: Wir müssen jetzt aber wirklich, wirklich sparen.

Das ist ungefähr so glaubwürdig wie der Vorsatz, jedes Jahr zu Sylvester – im neuen Jahr aber wirklich mit dem Sport anzufangen.

Nehmen wir den Stellenplan.  
Wir hören von über 35 zusätzlichen Stellen.  
Natürlich gibt es Pflichtaufgaben.  
Natürlich brauchen Feuerwehr, Rettungsdienst, Jugendhilfe und Gefahrenabwehr Personal, wenn es sachlich erforderlich ist.

Das stellt doch auch niemand ernsthaft infrage. Aber genau deshalb müssen wir unterscheiden:

Was ist Pflicht?

Was ist Sicherheit?

Was ist Kindeswohl?

Und was ist politisch gewollte  
Verwaltungsvergrößerung?

Eschweiler hat kein Einnahmeproblem allein.  
Eschweiler hat auch ein Ausgaben-, Struktur- und  
Prioritätenproblem.

Wer in dieser Lage neue Stellen schaffen will, muss für  
jede einzelne Stelle schriftlich darlegen:

Welche gesetzliche Pflicht liegt zugrunde?

Welche Aufgabe kann sonst nicht erfüllt werden?

Welche Alternative wurde geprüft?

Welche Folgekosten entstehen dauerhaft?

Und wenn diese Fragen nicht sauber beantwortet  
werden, dann darf diese Stelle nicht geschaffen  
werden. Punkt !!!

Wir brauchen keinen Stellenplan nach dem Motto:  
Irgendwer wird schon gebraucht werden. Wir brauchen  
einen Stellenplan nach Haushaltslage, Pflichtaufgaben  
und Wirklichkeit.

Ein weiterer Punkt:  
die Sanierung des parlamentarischen Bereichs im  
Rathaus.

Meine Damen und Herren,  
wenn eine Stadt Millionenlöcher vor sich herschiebt,  
dann ist der Ratssaal nicht das erste Opfer, dem wir  
neue Polster gönnen müssen.  
Wenn Brandschutz, Arbeitsschutz oder Barrierefreiheit  
zwingend sind, dann müssen diese Punkte gemacht  
werden.

Aber alles, was Komfort, Repräsentation oder politische Bequemlichkeit ist, gehört verschoben. Die Bürger erwarten nicht, dass wir in schönen Räumen über ihre höheren Steuern beraten. Sie erwarten, dass wir ihre Belastung senken.

Man kann es doch niemandem mehr erklären:  
Schulen bröckeln, Straßen reißen auf,  
Gebühren steigen, Grundsteuer steigt,  
Personalkosten steigen,  
aber der politische Betrieb soll selbstverständlich  
angenehm saniert werden.  
Das ist das falsche Signal.  
Wer sparen predigt, muss bei sich selbst anfangen.  
Nicht bei der Pressemitteilung.  
Nicht beim Nachbarn.  
Bei sich selbst.

Dann kommen wir zur KGS Bergrath.  
Auch hier muss man sehr genau hinsehen. Öffentlich  
wurde kritisiert, dass eine Sanierung mit 18,1 Millionen  
Euro plus/minus 30 Prozent im Raum steht, während  
ein Neubau mit knapp 12 Millionen Euro als mögliche  
Alternative genannt wird.  
Der entscheidende Punkt scheint am Ende die  
Förderkulisse zu sein.  
Also nicht: Was ist volkswirtschaftlich am günstigsten?  
Nicht: Was ist langfristig wirtschaftlich und baulich  
vernünftig?  
Sondern: Wo gibt es Zuschüsse?

Das ist genau die Krankheit kommunaler Finanzpolitik:

Wenn etwas 18 Millionen kostet, aber bezuschusst wird, gilt es plötzlich als günstiger als etwas für 12 Millionen.

Für die Stadt mag der Eigenanteil niedriger wirken. Für den Steuerzahler insgesamt ist das aber noch lange kein gutes Geschäft.

Fördermittel fallen nicht vom Himmel. Sie kommen nicht aus einem magischen Topf der freundlichen Haushaltsfee.

Es ist Steuergeld. Nur eben aus einer anderen Tasche.

Und genau diese andere-Tasche-Logik ruiniert langfristig jede solide Finanzplanung.

Auch bei den Straßen sehen wir das gleiche Problem. Es gibt viele Maßnahmen, viele Planungen, viele Erwartungen.

Aber was fehlt, ist eine klare Reihenfolge:

Was ist dringend?

Was ist finanzierbar?

Was ist baulich reif?

Was kann die Verwaltung überhaupt umsetzen?

Und was wird nur in den Haushalt geschrieben, damit es nach Aktivität aussieht?

Wir brauchen keine Liste der guten Absichten.

Wir brauchen eine Prioritätenliste nach Zustand, Verkehrsbedeutung, Sicherheit, Folgekosten und Umsetzbarkeit.

Alles andere schafft Erwartungen, bindet Kapital und führt am Ende dazu, dass die Bürger wieder hören:

Verzögerung, Verschiebung, neue Kosten, neue Nachträge.

Eschweiler kennt dieses Lied mittlerweile auswendig. Leider ohne schöne Melodie.

Besonders bitter ist die Debatte um Steuern und Gebühren.

Noch vor kurzer Zeit wurde die massive Grundsteuerbelastung zu Recht kritisiert.

Jetzt sollen wieder neue Belastungen kommen oder perspektivisch kommen.

Hundesteuer rauf, Parkgebühren rauf,

Grundsteuer rauf und das jedes Jahr ab 2027.

Der Bürger wird langsam zum letzten zuverlässigen Sanierungsinstrument dieser Stadt.

Immer wenn der Haushalt nicht passt, greift man ihm in die Tasche.

Das nennt man dann Verantwortung.

Wir nennen es Einfallslosigkeit mit Bescheidcharakter.

Bevor man Bürger stärker belastet, muss jede Ausgabe auf den Tisch.

Jede freiwillige Leistung.

Jede Förderung.

Jede Dauerzuwendung.

Jede Stelle.

Jede externe Beratung.

Jeder Zuschuss.

Frei nach dem Motto:  
Erst sparen, dann belasten.  
Erst aufräumen, dann abkassieren.  
Diese Reihenfolge scheint in Eschweiler leider  
revolutionär zu sein.

Und ja, auch Zuschüsse an Vereine, Verbände und  
Initiativen müssen geprüft werden.  
Nicht, weil Ehrenamt unwichtig wäre.

Im Gegenteil.  
Ehrenamt ist oft das, was diese Stadt zusammenhält,  
während die Politik noch nach dem richtigen  
Sitzungskalender sucht.

Aber gerade deshalb müssen Zuschüsse sauber,  
transparent und befristet sein.  
Wer Geld bekommt, muss erklären, wofür.  
Wer dauerhaft Geld will, muss Wirkung nachweisen.  
Und wer strukturell defizitär arbeitet, darf nicht  
automatisch davon ausgehen, dass der städtische  
Haushalt die Lücke schließt.  
Städtische Förderung darf kein Dauerauftrag ohne  
Gegenleistung sein.

Dann das City-Ticket. Auch hier zeigt sich, wie gut  
gemeint und schlecht gesteuert nah beieinanderliegen.

Wenn neben dem City-Ticket ein günstiger e-Tarif  
existiert und die Zuschüsse trotzdem weiterlaufen,  
dann muss man ehrlich prüfen, ob hier noch ein  
sinnvoller sozialer Zweck erfüllt wird oder ob wir nur  
alte Beschlüsse weiterfinanzieren, weil niemand den  
Mut hat, sie zu beenden.

Wer Menschen ohne Smartphone unterstützen will,  
kann das gezielt tun.

Aber eine Doppelstruktur aus Gewohnheit  
weiterzuführen, ist kein Sozialstaat.  
Das ist Haushaltsnostalgie.

Meine Damen und Herren,

das Grundproblem dieses Haushalts ist nicht, dass  
niemand die Lage erkennt.

Das Schlimme ist:

Fast alle erkennen sie, aber kaum jemand zieht die  
Konsequenzen.

Die SPD erkennt das Defizit, beantragt aber neue  
„kleinere Ausgaben“.

Die CDU erkennt die strukturelle Schieflage, bleibt aber  
bei vielen Zukunftsprojekten erstaunlich großzügig. Und  
gönnt sich mal eben eine neue Tennishalle in Dürwiß.

Die Verwaltung beschreibt Änderungsbedarf, aber der  
Haushalt bleibt in der Gesamtschau zu wenig  
konsolidiert.

Und am Ende soll der Bürger glauben, das alles sei  
alternativlos.

Nein.

Alternativlos ist nur die Mathematik.

Und die sagt:

Wer dauerhaft mehr ausgibt als er einnimmt, verliert  
seine Freiheit.

Haushaltssicherung ist nicht nur ein technischer Begriff. Haushaltssicherung bedeutet, dass andere uns vorschreiben, was wir uns noch leisten dürfen.

Haushaltssicherung bedeutet weniger politische Freiheit.

Weniger Gestaltung.

Weniger Selbstbestimmung.

Und wer heute so tut, als könne man mit ein paar Prüfaufträgen, symbolischen Kürzungen und späteren Steuererhöhungen durch diese Krise kommen, der gefährdet die Handlungsfähigkeit unserer Stadt.

Wir brauchen deshalb fünf klare Entscheidungen.

Erstens: Ein echter Stellenstopp, mit eng begrenzten Ausnahmen für Pflichtaufgaben, Sicherheit, Feuerwehr, Rettungsdienst, Kindeswohl und vollständig gegenfinanzierte Stellen.

Zweitens: Ein Investitionsstopp für alles, was nicht zwingend, sicherheitsrelevant, förderrechtlich gebunden oder wirtschaftlich belastbar begründet ist.

Drittens: Keine Sanierung des parlamentarischen Bereichs über das zwingend notwendige Maß hinaus, solange Schulen, Straßen und Pflichtaufgaben unter Druck stehen.

Viertens: Eine vollständige Liste aller freiwilligen Leistungen mit Rechtsgrundlage, Kosten, Empfänger, Zweck, Laufzeit, Wirkung und Einsparpotenzial.

Fünftens: Keine weiteren Steuer- und  
Gebührenerhöhungen, bevor nicht nachweislich jede  
zumutbare Ausgabenkritik erfolgt ist.

Das wäre ein Anfang.  
Kein schöner Anfang.  
Kein bequemer Anfang.  
Aber ein ehrlicher Anfang.

Denn eines muss klar sein: Die Bürger in Eschweiler  
sind nicht die Melkkühe für politische Bequemlichkeit.

Sie sind nicht dafür da, jede Fehlplanung,  
jede Fördermittel-Illusion, jede Stellenmehrung und  
jede jahrelang verschobene Priorität zu bezahlen.

Wir müssen wieder lernen, dass kommunale Politik  
nicht darin besteht, möglichst viele gute Wünsche in  
den Haushalt zu schreiben.  
Kommunale Politik bedeutet, mit begrenztem Geld das  
Notwendige zu tun. Nicht alles. Nicht alles gleichzeitig.

Nicht alles, was irgendjemand nett findet. Sondern das,  
was Pflicht ist, was wirkt und was unsere Stadt  
langfristig trägt.

Dieser Haushalt erfüllt diesen Anspruch nicht.

Er benennt Probleme, aber löst sie nicht.  
Er erkennt Risiken, aber bremst zu wenig.  
Er fordert Verantwortung, aber verteilt sie zu oft nach  
oben,  
nach Berlin, nach Düsseldorf, zur Städtereion oder in  
die Zukunft. Nur sitzt die Zukunft irgendwann hier im  
Ratssaal und fragt uns:  
Warum habt ihr damals nichts getan?

Ich möchte nicht, dass wir in ein paar Jahren sagen müssen:

Wir haben es kommen sehen, aber wir wollten niemandem wehtun.

Denn genau diese Haltung hat viele Kommunen in die Lage gebracht, in der sie heute sind.

Und streuen Sie ihren Wählern nicht weiter Sand in die Augen, in dem sie lügen und behaupten, dass die Pflichtaufgaben so groß wären.

Ja, wir haben Pflichtaufgaben aber es liegt an uns diese zu gestalten und nach unserer Erfahrung geht das zuweilen gerade hier in Eschweiler besser als Sie alle behaupten.

Eschweiler braucht keinen Haushalt der Ausreden.  
Eschweiler braucht einen Haushalt der Ehrlichkeit.

Wir brauchen weniger Symbolpolitik,  
weniger Prestige,  
weniger automatische Fortschreibung alter Beschlüsse  
und weniger Griff in die Taschen der Bürger.

Wir brauchen Pflicht vor Kür,  
Schule vor Ratssaal,  
Sicherheit vor Selbstdarstellung,  
Wirtschaftskraft vor Fördermittelromantik und  
Konsolidierung vor Kosmetik.

Deshalb werden wir diesem Haushalt in dieser Form nicht zustimmen.

Nicht, weil Sparen Spaß macht.

Tut es nicht.

Nicht, weil jeder Einschnitt angenehm ist. Ist er nicht.

Sondern weil es verantwortungslos wäre, einen Haushalt mitzutragen, der den Ernst der Lage zwar beschreibt, aber nicht konsequent genug handelt. Die Bürger erwarten keine Wunder.

Aber sie erwarten Ehrlichkeit.  
Sie erwarten Prioritäten.  
Und sie erwarten, dass Politik zuerst bei sich selbst spart, bevor sie bei den Bürgern kassiert.

Genau dafür stehen wir.

Wir haben es doch bei der Flut 21 gesehen.  
Die Menschen sind bereit Opfer zu bringen,  
sie sind bereit – sich in Ihrer Stadt zu engagieren.

Wir alle Lieben unsere Stadt –  
Wir alle wollen hier Leben –  
Wir alle wollen Leben und Leben lassen

Das geht nur zusammen !

Vielen Dank.